

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dreßnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweifer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die gestrige Nummer unseres Blattes ist abermals confiscirt worden. Der Inhalt derselben findet sich größtentheils in der heutigen wiederholt. Zugleich bitten wir alle unsere Leser um Nachsicht und Geduld. Eine geordnete Redaction ist unter den obwaltenden Umständen für uns schlechterdings unmöglich.

den Konflikt mit einem großen Theile seiner städtischen Condomini verlegt und die Bürgermeister seiner Gemeinden sind wehrlos kopflos in die Weltgeschichte gestürzt worden; schließlich ist sogar auf Grund bündel freundlichen Erlaubens die Nachbarmacht Nassau voll internationaler Großmuth zu Hülfe gekommen und hat am Dinstag das zu glücklichen Ende gebracht, was in Köln an der Suppe begonnen worden war — und das Alles zu Ehren der Abgeordneten und zu Ehren des Vereinsrechtes.

denen, welche die Anschlagzettel der Arbeiter herabtrifft, Beifall zu klatschen. Die „Rhein. Ztg.“ hingegen schreibt: „Köln, 22. Juli. Die aus Karlsruhe bergelangen Nachrichten lassen darüber keinen Zweifel, daß das Fest selbst, wenn auch der Regierungsvorpräsident es hätte gestatten wollen, unterdrückt worden wäre. Sogar die Vorkehrungen zu einer ausgedehnten Anwendung der Militärgewalt waren getroffen und zwar keineswegs allein für Köln. Davon, daß weder das Fest-Comitee noch die Gäste irgend eine Kubestörung beabsichtigten, war Jeder überzeugt und es hat deshalb großes Bestreben erregt, daß anonyme Briefe verbreitet worden sind, in denen die Fabrikbetreiber u. s. w. aufgefordert werden, den heutigen Tag, als einen Festtag den Arbeitern frei zu geben. So viel ist ermittelt, daß die beiden hiesigen Arbeitervereine diesen Briefen ganz fremd sind, und die öffentliche Meinung sucht die Urheber dieser Briefe natürlich unter solchen Personen, welche an dem Zustandekommen einer Emancipation ein Interesse haben könnten. Es ist in dieser Beziehung auch angefallen, daß durch Plakate auf allen Straßen auf heute Abend zu einer allgemeinen Arbeiterversammlung eingeladen ist. Wir hatten und aber überzeugt, daß diese Versammlung keineswegs mit den angedeuteten Intriguen im Zusammenhang stehe, und jedenfalls nicht das Werkzeug derselben werde.“

Was nachfolgen wird? Nun, wenn es eine Hydra war, der nach dem frommen Glauben der Disziplin in Köln der Kopf abgeschlagen werden, so sollte man nicht vergessen, daß diese Hydra von einer fatalen Unermüdlichkeit im Siedebüchsen gewesen ist. Es hat deshalb keine so große Eile und vor der Hand ist ja noch Einiges aus dem schon vorhandenen Stoffe zu verarbeiten. Da ist zunächst das richterliche Urtheil über die Anschauungen des Festpräsidenten von Köln abzuwarten, nicht bloß das bereits provocirte, in erster — und wie es heißt — auch schon in zweiter Instanz abgegebene, sondern vielmehr noch das Urtheil des Richters über das Verbot auch des von dem einzelnen Privatmann unternommenen und in aller Verhüllung den weitesten Anforderungen des Gesetzes angepaßten Festes. Da sind ferner die richterliche Urtheile, welche man doch wohl annehmen wird wegen des Briefwechsels zwischen den auswärtigen Comitee-Mitgliedern und Herrn Weiger, eines Briefwechsels, der durchweg an die Grenzen der §§. 101 und 102 des Strafgesetzbuches streift und der drei Viertel der preussischen Presse zu seinen Mitschuldigen hat. Da ist endlich abzuwarten, was es denn mit jenen wahrwichtigen Drohungen der Redakten gegen die „Fraktionen“ auf sich hat. Keine dieser Fragen — das überlasse man nicht — kann eine richterliche Lösung finden, ohne daß dabei die Gleichheit vor dem Gesetze auf das Schärfste mit in das Spiel käme: alle Dasjenige, was jetzt der liberalen Partei als unzulässig und strafbar verlagert wird, ist von der conservativen Partei ebenfalls schon gethan und gelübt worden und wird täglich von ihr gelübt. Und das könnte wohl der Sitzsahn an bewußtem Hydrakopfe sein, dessen Gift auch in dem abgeschlagenen weiter wirkt. Man sagt sich dem strengsten, dem schärfsten Gesetze, vorausgesetzt, daß es ein Allen gleiches sei; man erträgt die selbst leichtere Bedrückung nicht, wenn sie einseitig auferlegt werden soll. Das ist der Kern des Streites, welcher jetzt des Richters harret.

Aus unserem Kölner Bericht, der nachstehend folgt, mag die „Rhein. Ztg.“ ersehen, daß ihre Ueberzeugung eine richtige war.

Das Vereinsrecht in Preußen betreffend.

Berlin, 25. Juli.

Wir brachten gestern ausführlichere Berichte über die Vorgänge in Köln. Wir sind aber heute genöthigt, nur das Nothwendigste zu geben, um — wie wir wenigstens, wenn auch nicht sehr zuversichtlich, hoffen — wieder einmal eine Nummer in die Hände unserer Leser zu bringen.

Das Fest wurde in Köln bekanntlich durch Polizei- und Militärmacht verhindert. Folgende weitere Nachrichten nun sind eingelaufen:

Köln, Sonntag, 23. Juli, Nachmittags.

Die Theilnehmer des Abgeordnetenfestes sind ungestört in Oberlahnstein angelangt, nachdem sie an verschiedenen Stationen, namentlich Bonn, Rolandseck, Remagen von einer barrenden Menge begrüßt worden waren. Viele Häuser in Oberlahnstein sind mit deutschen Farben geschmückt. Es fehlt an größeren Lokalitäten, doch ist die Stimmung eine heitere. Das Ausland war durch Gäste vertreten.

Köln, Sonntag, 23. Juli, Nachts.

Nachdem die Theilnehmer am Abgeordnetenfest sich in dem Hotel Lahued in Oberlahnstein versammelt, pflanzte sich gegen 4 Uhr Nachmittags eine Abtheilung nassauischen Militärs vor demselben auf und schritt um 6 Uhr zur Räumung der Lokalitäten. Die Abgeordneten und Festgenossen fuhren darauf theils auf zwei Dampfschiffen, theils per Eisenbahn nach Köln zurück.

Wie die „Kr. Ztg.“ mittheilt, ist bei der Sprengung der Versammlung in Lahnstein ein Herr Schmitz aus Elberfeld (vielleicht der Abgeordnete Schmidt) durch einen Bayonnettstich in der Brust verwundet worden.

Die neueste „Berl. Ref.“ schreibt:

Zu Ehren der Abgeordneten und zu Ehren des Vereinsrechtes sind in Köln, Düsseldorf, Berlin u. a. D. Zeitungen confiscirt, in Magdeburg Versammlungen angefaßt, in Deutz fremde Reisende aus den Betten complimentirt worden; in Köln, Koblenz, Bonn haben militärische Evolutionen und Promenaden stattgefunden, Dampfschiffe sind in guter taktischer Ordnung von Pionieren geentert und von Infanterie besetzt worden; der Kernbürgermeister einer großen Kommune ist in dauern-

In Betreff der Nachricht, daß die Placate, welche in Köln zu einer allgemeinen Arbeiterversammlung aufforderten, „von Bürgern herabgerissen worden seien“, hatten wir in voriger Nummer Folgendes bemerkt:

Dies ist, wenn es sich bekräftigt, zugleich eine Ueberhebung, eine Underschwämtheit und eine Dummheit. Eine Ueberhebung: weil die Auffassung zu Grunde liegt, als vermüßten die Arbeiter sich nicht in würdiger Weise, unter Einhaltung des gesetzlichen Bodens, zu versammeln; eine Underschwämtheit: weil Niemand das Recht hat, abzureißen, was die Arbeiter angeschlagen haben; eine Dummheit: weil man die Arbeiter schwer durch solche Dinge reizt. Wenn sich doch die Herren Bürger stark machen wollten, wie wenig politische Bedeutung sie haben, wenn die Massen nicht hinter ihnen stehen!

Das erbärmliche „Frankf. Journ.“ untersteht sich,

Allgemeine Arbeiter-Versammlung zu Berlin am 23. Juli 1865, in Sachen der Kölner Fest-Angelegenheit.

(Einberufen von Allg. deutsch. Arb.-Verein.)

Die Versammlung wird bald nach 11 Uhr von dem Präsidenten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, Herrn Bernhard Becker, eröffnet. Derselbe schlägt Herrn Dittmann zum Vorsitzenden vor, was durch Abstimmung angenommen wird. Herr Dittmann tritt das Amt an und bittet, das Bureau zu ergänzen, worauf Herr Stephani zum zweiten Vorsitzenden und Herr Koller zum Schriftführer gewählt werden.

Die Versammlung nahm hierauf mit folgendem Vorgang ihren Anfang: Das Vereinsgesetz gestattet der Polizei, ein oder zwei Beamten in jede Versammlung zu schicken; es waren jedoch ein Polizeihauptmann mit einem dito Lieutenant und Wachtmeister erschienen. Der Vorsitzende Hr. Dittmann richtete an den Hauptmann die öffentliche Frage, wie dies mit seinen Instruktionen stimme, wonach sich, auf sofortigen Befehl des Hauptmanns, der Wachtmeister unter dem Beifall der Versammlung aus dem Saal entfernte.

Hierauf erwähnte der Vorsitzende die Versammlung zu Besonnenheit und Mäßigung, welche Ermahnung bei der durch die Kölner Vorgänge hervorgerufenen Aufreizung am Platze sei, und verlas

* Aus voriger Nummer, mit Auslassung einiger Stellen.

Sodann eine aus Herforn an die Versammlung eingetroffene telegraphische Depesche. Dieselbe lautete: An die Versammlung in Schröder's Salon, Or. Frankfurterstr. 74/75, Berlin.

Ende deutschen Arbeiter Berlins unsere demokratischen Brudergruß und dem tapfern „Social-Demokrat“ ein tausendstimmiges Hurrah! Die im Walde bei Oesrich versammelten Arbeiter von Herforn, grüne Letmathe, Nachrodt und Umgegend. Im Auftrage: Carl Wilb. Fölsche, Schriftführer der Herforn Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden erhob sich die Versammlung zum Zeichen des Dankes von ihren Sitzen, worauf nachstehende Verhandlungen folgten:

Vors. Dittmann: M. H.! Sie wissen, welche Kämpfe, wenn ich mich so ausdrücken darf, sich um die Auslegung des Vereinsgesetzes zu Köln zugetragen haben. Wenn eine einseitige Interpretation es der Regierung möglich machen sollte, jede zu Recht bestehende Versammlung zu unterlagen, so würde hierin eine Verfassungsverletzung liegen, die ich noch nicht annehmen zu sollen glaube. Aber nach dem, was einzelnen Vereinen in Deutschland geschehen ist, sucht man oft den Grund zur Auflösung in einem kleinen Formfehler, den man leicht findet, wenn man auflösen will. Wir haben es in Berlin erlebt, mit welchen Hindernissen wir zu kämpfen hatten. Sind doch sogar richterliche Sprüche angezogen worden, um eine Zusammenkunft unter freiem Himmel, wie z. B. eine Landpartie nach Potsdam, aufzulösen! Ich kann es nur lebhaft bedauern, daß der Staatsanwalt damals nicht das Urtheil des obersten Gerichts angerufen hat; dann wäresten wir ein- für allemal, woran wir sind. Für uns Arbeiter, meine Herren, ist das Vereinsrecht ein Palladium, und, mit der Pressefreiheit, das vornehmste Recht. (Bravo.) Wenn man das Vereinsrecht anders auslegt, als es wirklich lautet und gemeint ist, so sind wir außer Stande unsere Interessen zu wahren. Nur gestützt auf das Vereinsrecht sind wir in der Lage, dasjenige zu erzielen, was uns noch thut, und von diesem Gesichtspunkt aus muß es uns mit Grauen erfüllen, zu sehen, wie man sich bemüht, das Vereinsrecht in so enge Grenzen zu ziehen, wie dies gegenwärtig bei dem Kölner Abgeordnetenfest der Fall ist. M. H.! Das Vereinsrecht ist ein so hohes Gut für die Arbeiter, daß ich in der That nicht wüßte, was wir ihm (außer der Pressefreiheit) an die Seite zu stellen hätten. M. H.! Es handelt sich für uns darum, das Vereinsgesetz nicht in solche Schranken bringen zu lassen, daß es für uns als nicht vorhanden zu betrachten wäre. Einer jeden weisen Staatsregierung sollte es angenehmer sein, daß unter dem Auge der Beamten Versammlungen abgehalten werden, als daß sie die Arbeiter zur Conspiration treibt. Hier unter den Augen der Obrigkeit haben wir uns offen anzusprechen, was wir über die Sache denken, und wir erwarten, daß uns die volle und ganze Freiheit des Vereinsrechtes gewahrt werde. (Redner hatte schon vorher, mit scharfer Betonung, aus dem Vereinsgesetz die Fälle vorgelesen, in denen gesetzliche Auflösung statthalt ist.)

M. H.! In Folge mangelhafter Anknüpfung der Versammlung ist dieselbe nicht so zahlreich besetzt, wie es der Bedeutung der Sache entsprechend sein müßte. Die Herren, von welchen die Versammlung ausging, sind der Ansicht, daß eine weitere Versammlung stattfinden müsse. Von Herrn v. Schweizer ist in dieser Beziehung nachfolgender Antrag eingebracht:

In Ermüdung, daß durch die in Bezug auf das Abgeordnetenfest in Köln ergangenen Maßregeln der Behörden das durch die beschworene Verfassung allen Preußen garantierte Vereinsrecht im höchsten Maße gefährdet ist;

in weiterer Ermüdung, daß es Pflicht aller Staatsbürger ist, mit allen Kräften für die Wahrung des bedrohten Vereinsrechtes einzustehen:

aus diesen Gründen beschließt die Versammlung die Bildung eines Comité's für Berlin in dieser Angelegenheit und betraut dasselbe mit den weiter etwa erforderlichen Schritten.

Schweizer: M. H.! Was in dieser Sache in Berlin geschieht, daß muß großartig und in gewaltigen Umständen geschehen. Nicht Sache einer einzelnen Partei, nicht Sache eines einzelnen Vereins ist es, über die Kölner Angelegenheit ein Urtheil abzugeben, sondern die ganze Arbeiterschaft muß wie ein Mann auf dem Platze stehen. Eine Massenversammlung (lang anhaltender Beifall), eine Massenversammlung, meine Herren, muß gehalten werden. Ernennen Sie ein Comité, welches alles hierzu Erforderliche besorgt.

*) Die Erschienenen waren indessen aus sämtlichen Berliner Arbeitervereinen und von jeder Richtung.

Dr. Kalischer meint, die Annoncen seien nicht genug bekannt geworden.

Schweizer erklärt, daß allerdings in dieser Beziehung Verläumdung vorliege. Aber man müsse bedenken, daß die Einladung zur Versammlung aus den Kreisen des Allgem. deutsch. Arb.-Vereins hervorgegangen sei; das Organ dieses Vereins sei in dieser Woche viermal hintereinander conficirt worden und bei den hierdurch entfallenden Mägen, Arbeiten und Plakateien sei jene Verläumdung wohl zu entschuldigen.

Richter: Der gestellte Antrag wird jetzt schon viel scharf unter den Arbeitern diskutiert, namentlich in den größeren Werkstätten. Massenversammlungen sind schwer zu Stande zu bringen; aber die Resolution soll schriftlich in die Hände der Arbeiter behufs ihrer Unterschrift gelangen.

Leinberg widerlegt dies aus seiner Erfahrung und bittet, daß sofort Vorschläge gemacht werden, in welcher Weise die Sache weiter gefördert werden soll.

Dittmann schließt sich dem Schweizer'schen Vorschlag an, ein Comité zu wählen, welches das weitere in dieser Sache zu besorgen habe. Dies Comité müsse aber aus Mitgliedern der verschiedensten socialen Parteien bestehen; politisch seien wir so schon alle einig.

Schilling befragt die Versammlung einer Massenversammlung.

Lamotte spricht sich in ähnlicher Weise für eine Massenversammlung aus und bittet, den Schweizer'schen Antrag anzunehmen.

Schweizer weist darauf hin, daß man erwarten dürfe, daß die gesammte, nicht feudale Presse ihre Schuldigkeit in dieser Sache thue.

Nach Schluß d. Discussion wird der Schweizer'sche Antrag angenommen und demzufolge ein Comité mit dem Recht der Selbstergänzung gewählt, in welchem gleichmäßig einerseits die beiden socialen Hauptrichtungen der Arbeiterklasse, andererseits die verschiedenen Vereine Berlins vertreten sind.

In dieses Comité werden gewählt die Herren: Beder (Vorn.), Dittmann, Lamotte, Wegner, Richter, Koller, Schilling, Schweizer, Stephani.

Nach Erledigung dieses Antrages erhält Herr v. Schweizer das Wort zu einem weiteren Antrag.

Schweizer: Meine Herren! Wenn auch die Hauptsache auf die demnächstige Massenversammlung verschoben bleiben muß, so scheint es mir doch unzulässig, daß diese Arbeiterversammlung auseinander gehe, ohne sich irgend wie in der Sache selbst zu äußern. Ich glaube, dies würde am zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß Sie die Ablebung nachfolgenden Telegrammes nach Köln beschließen:

Die am 23. Juli zu Berlin im Schröder'schen Locale, Frankfurterstraße 74/75, auf Einladung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins vereinigte Arbeiterversammlung den wackeren Bertheilignern des Vereinsrechtes zu Köln ein donnerndes Hoch!

Stephani: Ich beantrage, die Worte „auf Einladung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ zu streichen, um der Sache jeden Parteifarakt zu nehmen.

Schweizer: Ich habe gegen die Aenderung nichts einzuwenden. Gestatten Sie jedoch, meine Herren, Ihnen den Grund anzugeben, warum ich jene Fassung wählte. Daß diejenigen Arbeiter, die sich der Fortschrittspartei zählen, für das Kölner Comité Partei ergriffen haben, daran zweifelt wohl Niemand; in Betreff des Allg. deutsch. Arb.-Vereins aber künnte da und dort — obwohl irrtümlicher und mißverständlicher Weise — ein Zweifel in dieser Beziehung obwalten. Ich habe nun jene Fassung des Telegramms gewählt, um allen und jeden Zweifel in dieser Beziehung abzuschneiden und auf's Bestimmteste an den Tag zu legen, daß wir in der schwebende Frage mit der Fortschrittspartei Hand in Hand gehen.

Vors. Dittmann: Ich begrüße diese Erklärung mit aufrichtigster Freude. Von dem Augenblicke an, wo diese Erklärung abgegeben wurde, ist jeder Streit, der bisher noch die Bestrebungen der Arbeiter trennte, verschwunden und gehoben. Meine Herren! Gehe jeder seinen Weg, aber lassen Sie uns darum nicht in Uneinigkeit und Hader miteinander leben; lassen Sie uns nicht einander bekämpfen, nicht einander verächtigen und herabsetzen; denn in uns Allen wohnt ja das Streben, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. (Gr. Beifall.) Und daß der Allg. d. Arb.-V. in der Fortschrittspartei keinen Feind mehr erblickt, darin sehe ich eine unendliche Ergründung für die ganze deutsche Arbeiterbewegung; denn es läßt sich nicht verleugnen, daß der Allg. deutsch. Arb.-Verein ein wesentlicher Hebel in der Agitation geworden ist. Darum begrüße ich die Erklärung des Hrn. v. Schweizer, der nächst Beder den Allg. deutsch. Arb.-Verein vertritt, mit Freuden, weil sie uns dazu fähig, vereint für die Rechte des Volkes zu kämpfen. (Lebhaftes, lang anhaltendes Bravo.)

Stephani: Der Vorsitzende äußerte, er betrachte es als einen großen Fortschritt, daß der Allg. deutsch. Arb.-Verein in der Fortschrittspartei keinen Feind mehr sehe. Ich glaube, Herr v. Schweizer hat das doch nicht so aufgefaßt und wollte dies nicht sagen. Ich verstehe ihn so, daß er, soweit die Interessen zusammen gehen, nicht aber überhaupt ein Zusammenwirken in Aussicht gestellt hat.

Richter geht auf die Unterschiede in den Bestrebungen des Allg. deutsch. Arb.-Vereins (Lassalle) und des Berl. Arb.-Vereins (Schulze) ein. (Von allen Seiten melden sich Anhänger Lassalle's und Schulze's zum Wort.)

Schweizer: Meine Herren! Ich bitte dringend, vermeiden Sie es doch ja, daß das erste Mal, wo die Anhänger von Schulze und Lassalle zusammen gehen, ein Streit entstehe. Gehen Sie doch, meine Herren, heute nicht hervor, worin wir auseinandergeben, sondern vielmehr, worin wir einig sind. Einig aber sind wir alle unbedingt in der Erkenntnis: daß es mit allen Kräften einzustehen gilt für das bedrohte Vereinsrecht, für die politische Freiheit.

Schödel (vom Allg. deutsch. Arb.-Verein) verzichtet nach der Ausführung aufs Wort. Ebenso andere, die sich gemeldet hatten.

Lamotte bedauert, daß Erörterungen vorgekommen seien, welche die etwa anzubahnende Vereinigung wider erschweren oder unmöglich machen könnten.

Man schreitet nunmehr zur Abstimmung. Das Telegramm (mit der Vereinfachung) wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Es meldet sich zum Wort Herr Brissen:

Brissen: Ich habe gegen das Telegramm gestimmt; denn ich finde keine Gründe zur Dankbarkeit gegen die Abgeordneten. 250 sind eingeladen und 60 sind nur gekommen. Man hat die Tafel gedeckt, aber das Essen ist nicht eingenommen worden; die Herren haben sogar den Beschluß gefaßt, keine Reden zu halten.

Beder (Vorn.): Nach den neuesten Telegrammen ist die Versammlung im zoologischen Garten aufgelöst worden; auch sind nach eben diesen Telegrammen allerdings Reden gehalten worden. Außer Polizei war noch Infanterie und Kavallerie in Thätigkeit. Sodann, was die Behauptung betrifft, daß das Essen nicht eingenommen worden sei, so war das Local schon ganz früh gesperrt. Ueberhaupt ist es sehr gleichgültig, ob man gegessen hat oder nicht; Reden sind gehalten worden.

Wederz: Ich will auf Lassalle eingehen. (Rufe: Schulze! Lassalle! Schluß! Sein lassen! Ein anderes Mal!)

Vors. Dittmann: Wenn nach der Meinung des Hrn. Brissen ein Widerstand gegen die Militärmacht hätte stattfinden sollen, so konnte er nicht von den 60 Abgeordneten ausgehen, sondern mußte von einer andern Seite kommen. (Sehr richtig! Bravo!)

Schweizer: Allerdings trifft ein harter und schwerer Vorwurf diejenigen Abgeordneten, die nicht gekommen sind. Es galt am Platze zu sein und nicht mit Badereisen und dergleichen elenden Dingen sich zu entschuldigen. (Redner erinnert an Vorgänge aus dem römischen Senat und dem englischen Parlament, wobin Lord Chamberlain zu einer wichtigen Verhandlung sich vom Krankenbette tragen ließ.) Aber, meine Herren, wir schicken ja das Telegramm nicht denen, die weggeblieben, sondern denen, die gekommen sind; diese aber haben ihre Schuldigkeit gethan. Meine Herren! — — —

Vors. Dittmann schließt die Versammlung und fordert das gewählte Comité auf, behufs weiterer Beratungen sofort zusammenzutreten.

Beder dankt den Erschienenen im Namen des Allg. deutsch. Arb.-Vereins und spricht die Hoffnung aus, daß sich die Arbeiter in nächster Sitzung zahlreich einfinden möchten. (Zurufe: „Die Arbeiter werden in Massen kommen!“ „Dafür wird gesorgt werden.“)

Die Versammlung wird geschlossen. Unmittelbar nach Schluß derselben tritt das Comité zusammen.

Telegramm aus Dresden.

Trotz Sängereifer 700 Arbeiter. Einstimmig Resolution angenommen. Social-demokratische Agitation hoch!

Arbeiter-Versammlung im Colosseum. Försterling.

Aus Leipzig wird berichtet, daß dort am Sonntag eine große Arbeiter-Versammlung mit Begeisterung die bekannte Resolution faßte und einen telegraphischen Gruß nach Köln entsandte.

In Augsburg wurde in einer sehr erregten Verhandlung die Resolution gleichfalls gefaßt.

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben, daß der Arbeitertag des gesammten Main-